

# STADT NORDEN

## Niederschrift

über die Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses (12/JBS/2009)  
am 15.06.2009

im Mehrzweckraum der Realschule Norden, Osterstraße 50,

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 19.11.2008  
**0713/2009/2.2**
7. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 03.02.2009  
**0751/2009/2.2**
8. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 16.02.2009  
**0791/2009/2.2**
9. Einrichtung einer Ganztagschule in der Grundschule Süderneuland  
**0820/2009/2.2**
10. Umsetzung der Perspektiven zur Weiterentwicklung des Kindertagesstättenangebotes in Norden  
**0825/2009/2.2**
11. Dringlichkeitsanträge
12. Anfragen
13. Wünsche und Anregungen
14. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

**zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, den Vertreter des Norder Kinder- und Jugendparlaments, das Kollegium der Grundschule Süderneuland, Herrn Rektor Albers, die Presse und die Verwaltung.

**zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

**zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen**

Die Tagesordnung wird wie vorliegend festgestellt.

**zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen**

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

**zu 5 Bekanntgaben**

Herr Wilts gibt bekannt, dass die Landesschulbehörde die Außenstelle der KGS genehmigt hat. Schulträger ist die Samtgemeinde Hage. Die Genehmigung enthält folgende Hinweise:

*Da Schulen grundsätzlich als einheitliche Organisation an einem Standort gebündelt geführt werden sollen und Außenstellen – wenn möglich – zu vermeiden sind, ist das Erfordernis eines evtl. weiteren Bestandes dieser Außenstelle von Ihnen als Schulträger zu gegebener Zeit zu überprüfen. Der Fortbestand der Außenstelle in Norden hängt mithin von der tatsächlichen künftigen Schülerzahlenentwicklung in Hage bzw. Norden ab....  
Vorsorglich weise ich darauf hin, dass im Falle einer beabsichtigten vertikalen Teilung der Schule zwei neue selbständige Schulen entstehen würden, für die jeweils die Neuerrichtungsvoraussetzungen (d.h. insbesondere eine durch entsprechende Bedürfnisermittlung nachgewiesene langfristig zu erwartende Mindestzügigkeit von fünf Zügen je Standort)*

gelten würden.

Herr Lüers führt aus, dass die Genehmigung auf das Konzept der KGS Hage aufbaut.

Herr Wilts berichtet kurz über den Stand der einzelnen Maßnahmen, die aus den Mitteln des Konjunkturpakets II mitfinanziert werden:

1. Bau und Ausstattung der Mensa für den Ganztagsbetrieb Realschule/KGS  
Die Gesamtkosten sind mit 996.300 € veranschlagt, davon erhält die Stadt einen Zuschuss in Höhe von knapp 85 %. Der Architektenvertrag wird derzeit vorbereitet. Der Baubeginn ist noch in 2009 beabsichtigt.
2. Medienausstattung im Sekundarbereich I  
Die Gesamtkosten sind mit 58.900 € für die Realschule veranschlagt.  
Die Förderquote beträgt 75 %. Ein Antrag wird gestellt.
3. Energetische Sanierung der Sporthalle Wildbahn  
Die Kosten für die energetische Sanierung der Sporthalle Wildbahn wurden mit 1.693.500 € veranschlagt. Die Förderquote beträgt 80 %. Der erforderliche Antrag wurde fristgerecht vor dem 30.04.09 gestellt. Eine Genehmigung liegt noch nicht vor.
4. Energetische Sanierung der GS Im Spiet  
Die Kosten für die energetische Sanierung der GS Im Spiet wurden mit 2.404.00 € veranschlagt. Die Förderquote beträgt 66,67 %. Der erforderliche Antrag wurde fristgerecht gestellt.

Frau Feldmann begrüßt Frau Anke Czepul und bitte diese, sich dem Ausschuss vorzustellen. Frau Anke Czepul ist die neue Leiterin der Stadtbibliothek. Zuvor war sie 15 Jahre als Bibliothekarin in der Stadtbibliothek Cuxhaven tätig. Derzeit strukturiert sie die Bibliothek neu, so wurde z.B. der Julius-Sommer-Leseclub in Norden eingeführt. Eine systematische Kooperation zwischen Schulen und Bibliothek soll weiter verfolgt werden. Weitere Punkte, die aktiv betrieben werden sollen sind u.a., die Erarbeitung eines Bibliothekskonzeptes nach dem Sommer sowie eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit. Auf Rückfrage erläutert Frau Czepul, dass der derzeitige Medienbestand mit 16000 Medieneinheiten sehr gering ist, eine Medieneinheit pro Einwohner wären das eigentliche Muss, ein Optimum wären 2 Medieneinheiten pro Einwohner. Bücherspenden an die Bibliothek sind weiterhin möglich. Aktuelle Bücher werden in den Bestand aufgenommen, andere würden zu Gunsten der Bibliothek veräußert. Insgesamt werden die Bestände überarbeitet. Bücher, die inhaltlich veraltet sind, nicht gelesen werden oder in schlechtem Zustand sind werden aussortiert. Standardwerke werden ggfs. magaziniert. Frau Feldmann dankt Frau Czepul für die Ausführungen.

Frau Zitting gibt bekannt, dass die I-Klasse in der Grundschule Norddeich bewilligt wurde. Insgesamt wurden 13 Förderschullehrerstunden bewilligt, damit 5 Kinder integrativ beschult werden können.

**zu 6      Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 19.11.2008  
0713/2009/2.2**

**Sach- und Rechtslage:**

entfällt

**Beschlussvorschlag:**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 19.11.2008 wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 7 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 03.02.2009**  
0751/2009/2.2

**Sach- und Rechtslage:**

Entfällt

**Beratung:**

Herr Julius weist darauf hin, dass die Protokolle des Ausschusses für Jugend, Bildung und Soziales nicht schnell genug bei den Ratsmitgliedern ankommen.

Herr vor der Brüggen bittet das Protokoll vor der nächsten Ratssitzung zu versenden.

Frau Feldmann weist auf die Aufgabenvielfalt hin, so dass manchmal durchaus andere Dinge vordringlicher zu bearbeiten seien.

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 03.02.2009 wird genehmigt.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 8 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 16.02.2009**  
0791/2009/2.2

**Sach- und Rechtslage:**

entfällt

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 16.02.2009 wird genehmigt.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>11</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

**zu 9 Einrichtung einer Ganztagschule in der Grundschule Süderneuland  
0820/2009/2.2**

**Sach- und Rechtslage:**

A. Verfahren, gesetzliche Bestimmungen

1. Die Schulleitung und das Kollegium der Grundschule Süderneuland möchten, dass eine Ganztagschule eingerichtet wird zum Schuljahr 2010/2011. Eine Befragung der Eltern in den Ortsteilen Süderneuland I und II hat ergeben, dass die Mehrheit der Erziehungsberechtigten eine Ganztagsbeschulung mit einer Mittagsverpflegung wünscht. Die GS Süderneuland ist 2-zügig mit zurzeit rd. 170 Schülerinnen und Schülern.

Der Schulvorstand hat am 09.02.2009 der Einrichtung einer Ganztagschule einstimmig zugestimmt und der Schulleiternrat hat am 11.02.2009 ebenfalls die Zustimmung erteilt.

2. Die Schulleitung hat einen Antrag an die Stadt Norden gerichtet, das Einvernehmen gem. § 23 Abs. 4 NSchG auf Errichtung einer Ganztagschule herzustellen.

Der Antrag auf Genehmigung ist bis zum 01.12.2009 an die Landesschulbehörde zu richten, wenn der Ganztagsbetrieb am 01.08.2010 beginnen soll.

3. Wie auch in den bisher genehmigten Ganztagschulen Hauptschule, Realschule und GS Im Spieß wird nur eine sog. Offene Ganztagschule genehmigt werden mit freiwilligen Nachmittagsangeboten. Die genehmigten Lehrerstunden werden kapitalisiert und die Mittel für die Gestaltung der Ganztagsangebote verwendet.

Der Schulträger hat bei Antragstellung gegenüber der Schulbehörde zu erklären, dass er die räumlichen Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb und die personellen Voraussetzungen für die Essenausgabe/Mensabetrieb schafft.

4. Die Grundschule Süderneuland hat ein pädagogisches Konzept entwickelt, dass folgenden zusätzlichen Raumbedarf erfordert:

- Ausgabeküche und Speiseraum (das Essen wird zubereitet angeliefert)
- Freizeit, Entspannung, Ruhebereich

B. Bauliche Umsetzung

1. Die Ausgabeküche und der Speiseraum sollen im Altbaubau trakt eingerichtet werden in einem nicht mehr genutzten Klassenzimmer und einem danebenliegenden Betreuungsraum. Es sind umfangreiche Umbau- und Sanierungsarbeiten vorzunehmen, um die Räume dem Zweck entsprechend herzurichten und die rechtlichen Vorschriften des Veterinärämtes zur Lebensmittelhygiene zu erfüllen.

Das Technische Gebäudemanagement hat Baukosten von 80.000,00 Euro ermittelt. Hinzu kommen Ausstattungskosten in Höhe von ca. 12.000,00 Euro.

2. Der zusätzliche Raumbedarf für den Entspannungs-, Ruhe- und Freizeitbereich soll auf Wunsch der Schule durch den Bau einer Pausenhalle gedeckt werden. Bei einer Grundfläche

von 11 x 17 m würden Kosten in Höhe von ca. 350.000,00 Euro entstehen.

3. Für die Essenausgabe sind Personalkosten einer Teilzeitkraft von jährlich 9.000,00 Euro einzuplanen.

**Beratung:**

Frau Zitting stellt die derzeitigen Planungen vor. Zu einer Ganztagschule werden neben der Ausgabeküche und dem Speiseraum noch weitere Räume für den Ruhe- und Freizeitbereich benötigt. Für den Fall, dass die von der Schule gewünschte Pausenhalle nicht realisiert werden kann, werden derzeit noch Alternativen geprüft, ob in der Schule bestehende Räume, z.B. im Dachbodenbereich, für den Ganztagsbetrieb genutzt werden können. Die Kosten sind noch nicht errechnet. Auf Rückfrage erläutert Frau Zitting, dass in den 350.000 € Baukosten nur die Kosten für die Pausenhalle enthalten sind, hinzu kommt der Speisebereich mit 80.000 € zzgl. Ausstattung.

Der Behindertenbeauftragte Herr Ulferts weist zur möglichen Nutzung des Bodenraums darauf hin, dass dieser nicht barrierefrei erreichbar wäre und somit nur eine eingeschränkte Nutzbarkeit bestehen würde. Der Ganztagsbereich sollte auch für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer zugänglich sein.

Herr Köther führt aus, dass die Kosten ein Problem darstellen und es positiv zu sehen ist, dass die Verwaltung nach Alternativen sucht. Einer weiteren Bodenversiegelung durch Baumaßnahmen steht er auch aufgrund der tendenziell eher sinkenden Schülerzahlen skeptisch gegenüber.

Herr Julius bitte um Erläuterung, warum eine vom Gebäude abgetrennte Pausenhalle errichtet werden soll. Eine direkte Anbindung an das vorhandene Gebäude, d.h. die Nutzung vorhandener Wände, müsste energetisch günstiger sein. Frau Zitting erläutert, dass die Planungen aufgrund der Brandschutzvorschriften so aufgestellt wurden. Ein direkter Anbau an das Gebäude würde bewirken, dass der Altbau brandschutztechnisch saniert werden müsste, dies wäre mit hohen Kosten verbunden.

Frau Schmelzle gibt die mittelfristige Schülerzahlenentwicklung zu bedenken. Eine mögliche Änderung von Schuleinzugsbereichen könnte auch Auswirkungen haben. Als Alternative könnte geprüft werden, ob nicht das frühere Vorschulgebäude im Erdgeschoss für die Ganztagschule umfunktioniert werden könne.

Rektor Albers führt aus, dass ein pädagogisches Konzept von einer Arbeitsgruppe des Schulvorstand heraus entwickelt wurde. Die grundsätzliche Entscheidung zur Ganztagschule kommt aus dem Kreis des Schulvorstandes und ist letztendlich eine konsequente Weiterentwicklung des bestehenden Nachmittagsangebotes. Derzeit sind 14 Arbeitsgruppenleiter im Einsatz, die sehr unterschiedliche Angebote für die Kinder anbieten. Es ist erstmals jemand im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahr in der Schule tätig, dadurch kann u.a. eine tägliche Hausaufgabenhilfe angeboten werden. Es sind derzeit schon Elemente einer Ganztagschule im Schulbetrieb enthalten – alles wird ehrenamtlich und über die Hilfe von Sponsoren angeboten.

Bei einer genehmigten Ganztagschule würden Gelder in Form kapitalisierter Lehrerstunden fließen. Dadurch könnte die Umsetzung verbessert werden. Die Eltern der 1. und 2. Klassen sowie aus den Kindergärten im Einzugsbereich der Schule wurden zum Thema Ganztagschule befragt. Überraschend viele Eltern würden den Mittagstisch und die Hausaufgabenbetreuung gerne annehmen. Im Interesse der Kinder soll weiter in Richtung Ganztagschule gearbeitet werden. Einstimmige Beschlüsse von Schulvorstand und Schulleiternrat liegen vor.

Falls der Schulträger aus finanziellen Gründen nicht in der Lage ist die räumliche Situation bedarfsgerecht herzustellen, dann sollte eine Umsetzung der Ganztagschule lieber unterbleiben. Ohne die räumlichen Voraussetzungen besteht keine Möglichkeit die Angebote wie pädagogisch vorgesehen umzusetzen. Der Bereich einer Pausenhalle fehlt in Süderneuland. Dies ist ein Defizit der Schule, das im Bereich der Ganztagschule unabdingbar abgestellt werden müsse. Die Pausenhalle ist nicht nur für Regenspauzen erforderlich, sondern auch für die Kompetenzbildung bei den Schülern erforderlich (z.B. um präsentieren zu üben) oder auch für schulische Veranstaltungen, Projektpräsentationen und zur Einrichtung von Rückzugsräumen. Dies ginge nicht in den Klassenräumen.

Herr vor der Brüggen bedauert, dass das pädagogische Konzept nicht bei den Unterlagen war. Die Informationen von Herrn Albers waren sehr interessant. Problematisch sind die Baukosten in Höhe von 350.000 €. Alternative Vorschläge sind erforderlich, so könnte z.B. ein Glaspavillon evtl. kostengünstiger errichtet werden. Er bittet um Erläuterung, ob es problematisch ist fachkundiges Personal zu bekommen. Herr Albers führt aus, dass diesbezüglich vom Schulträger nichts erwartet wird.

Herr Lüers fand die Vorstellung von Rektor Albers sehr überzeugend. Er fragt die Beschlussvorschläge in direktem Bezug zu den pädagogischen Prämissen ab:

- a) Kann die Dachbodenalternative gestrichen werden, da sonst keine Antragstellung erfolgt?
- b) Sporthalle als Freizeitbereich?

Herr Albers bestätigt dies. Die räumlichen Voraussetzungen müssen stimmen. Die jetzigen Vorschläge sind neu, da aufgrund der hohen Kosten nach Alternativen von der Verwaltung gesucht wurde. Die Alternativen würden der Schule aber nicht den erforderlichen Nutzen bringen. Außerdem wären bei Planungen in der Vergangenheit der Ausbau des Dachbodens seines Wissens auf ca. 600.000 DM geschätzt worden und verworfen worden. Die Sporthalle stellt ebenfalls keine Lösung dar, da sie ausgelastet ist und darüber hinaus lediglich bei einigen Angeboten nutzbar wäre, ansonsten aber nicht die räumlichen Voraussetzungen erfüllt.

Herr Brüling verweist darauf, dass die Grundschule Süderneuland auch nach einer möglichen Änderung der Schuleinzugsbereiche weiter Bestand haben wird. Die vorliegenden Planungen wirken sehr verwinkelt. Der Bodenraum stellt keine Alternative dar. Eine andere Möglichkeit wäre z.B. an den WC-Bereich anzuschließen.

Rektor Albers führt aus, dass der Platz als solches gut gewählt ist. Ein direkter Anbau an die Schule würde diese begrüßen. Vor dem Sanitärbereich wäre der Aufenthaltsbereich räumlich nicht so günstig unterzubringen.

Auf Rückfrage von Frau Schmelzle erläutert Rektor Albers, dass bei einem Rücklauf der Fragebögen von 101 Eltern (175 versandte Fragebögen) 65 mal die Hausaufgabenbetreuung und 63 mal der Mittagstisch als gewünscht vermerkt wurde.

Frau Zitting führt aus, dass die GS Süderneuland derzeit zweizügig ist und dies auch wahrscheinlich in den nächsten Jahren bleiben wird. In manchen Jahren werden die Schülerzahlen für die Zweizügigkeit nur knapp erreicht.

Rektor Albers führt aus, dass vor einigen Jahren die Einzugsbereiche Bargebur und Tidofeld abgegeben wurden. Diese könnten ggfs. nach Süderneuland zurück – man muss die Entwicklungen abwarten.

Herr Köther bittet bis zur nächsten Ratssitzung der Politik die Flächen pro Schule und Kind (einmal mit und einmal ohne Lehrerfläche) im Grundschulbereich zur Verfügung zu stellen.

Auf den Plänen ist der vordere Flurbereich zu erkennen. Dieser Bereich ist sehr groß. Es sollte geprüft werden, ob eine andere Nutzung möglich ist. Desweiteren wäre eine Erwartungsprognose wünschenswert, da durch die ruckartige Bebauung die Entwicklungen für den Schulbereich nicht ohne weiteres nachvollziehbar sind. Frau Zitting führt aus, dass die Schülerzahlen im Allgemeinen zurückgehen – in Süderneuland ist die Entwicklung jedoch nicht markant.

Auf Rückfrage erläutert Rektor Albers, dass die Nachmittagsangebote grundsätzlich durch das Land finanziert werden müssten. Niedersachsen investiert im Gegensatz zu manchen anderen Bundesländern relativ wenig. Im Moment werden offene Ganztagschulen genehmigt und die Nachmittagsangebote durch kapitalisierte Lehrerstunden finanziert. Für die Grundschule Süderneuland wären ca. 16.000 € für die Betreuungskräfte zu erwarten.

Herr Forster stellt fest, dass dies ein Thema ist, mit dem sich der Rat auseinandersetzen sollte. In der heutigen Sitzung geht es eher darum ein Signal für die Einrichtung der Ganztagschule in Süderneuland zu geben. Die SPD ist für die Einrichtung der Ganztagschule. Bis Ende Septem-

ber ist Zeit für weitere Diskussionen und Ausarbeitungen. Das Signal für die Umsetzung sollte gegeben werden.

Die Vorsitzende Feldmann führt aus, dass die Verwaltung weitere Vorschläge erarbeitet. Sie schlägt vor sich die Schule vor Ort anzusehen und sich dort in einer Sondersitzung nach der Sommerpause mit der Thematik weiter zu befassen.

Der Vorschlag wird allgemein begrüßt.

Frau Lütkehus schließt sich den Ausführungen von Herrn Forster an. Das bisherige Raumkonzept beinhaltet nur die Pausenhalle, eine weitergehende Konzeption wäre erforderlich. Sind die Räumlichkeiten schon vorhanden? Rektor Albers führt aus, dass mit der Pausenhalle das Konzept der Schule umgesetzt werden könne, zusätzlich werden die vorhandenen Räumlichkeiten genutzt.

Herr von der Brüggen begrüßt, dass grundsätzlich Einigkeit besteht. Die Gefahr sinkender Schülerzahlen für Süderneuland sieht er aufgrund der Baugebiete nicht. Er bittet die Verwaltung die angesprochenen Alternativen, insb. den Glaspavillon, zu prüfen.

Es besteht Einigkeit im Plenum Punkt 4 aus dem Beschlussvorschlag komplett zu streichen.

#### **Beschlussvorschlag:**

- 1. Der Einrichtung einer Ganztagschule in der Grundschule Süderneuland zum Schuljahr 2010/2011 wird zugestimmt.**
- 2. Die Kosten für Umbauarbeiten für eine Ausgabeküche und einen Speiseraum sind im Haushalt 2010 einzuplanen.**
- 3. Für den Entspannungs-, Ruhe- und Freizeitbereich ist zu prüfen, ob im vorhandenen Gebäudebestand Ausbaumöglichkeiten gegeben sind.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>11</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

#### **zu 10 Umsetzung der Perspektiven zur Weiterentwicklung des Kindertagesstättenangebotes in Norden 0825/2009/2.2**

##### **Sach- und Rechtslage:**

Mit Vorlagennummer 0446/2008/2.2 hat der Rat am 28.02.2008 Perspektiven zur Weiterentwicklung des Kindertagesstättenangebots in der Stadt Norden beschlossen, dessen Umsetzung sich bedarfsorientiert über einen Zeitraum von mehreren Jahren erstrecken wird.

Mit Vorlagennummer 0548/2008/2.2 ist über den ersten Umsetzungsabschnitt berichtet worden. Die hierunter gefassten Beschlüsse wurden wie folgt umgesetzt:

1. A. Die Krippengruppe in der Kindertagesstätte „Hooge Riege“ wurde konkret projiziert nach dem im April 2009 die beantragte Landeszuwendung bewilligt wurde. Der Umbau der Räume erfolgt in den Sommerferien. Die personellen Voraussetzungen für den Betrieb der Gruppe sind geschaffen. Die Öffnungszeiten sind von 7.00 bis 14.00 Uhr vorgesehen. Die konkrete Betriebsgenehmigung der Landesschulbehörde ist beantragt. Die Finanzierung der Maßnahme ist im Wirtschaftsplan 2009 der Sozialen Betriebe erfolgt.

B. Die Krippenprojekte in den Kitas „Kinderhaus Waldstraße“ und „Nachbarschaftszentrum“ wurden –zusammen mit den Trägern– weiterentwickelt.

Die Planungen für eine weitere Krippengruppe im „Kinderhaus Waldstraße“ sind soweit fortgeschritten, dass für dieses Projekt eine Landeszuwendung beantragt werden konnte. Es ist vorgesehen, im Bereich des bisherigen Nebengebäudes, das abgebrochen werden soll, einen neuen Anbau zu errichten. In diesem neuen Trakt soll die zweite Krippengruppe untergebracht werden. Durch den Neubau werden Landeszuwendungen von 13.000 € pro zusätzlichen Krippenplatz möglich. Die Stadt Norden ist als Gebäudeeigentümerin Maßnahmenträger. Die Finanzierung hierfür erfordert Eigenanteile der Stadt in einer voraussichtlichen Höhe von ca. 22.200 € zuzüglich einer noch notwendigen Dachsanierung. Die Bereitstellung der Finanzmittel muss noch durch den Haushaltsplan 2010 erfolgen.

Bezüglich einer Krippengruppe im Nachbarschaftszentrum wurden weitere Gespräche mit dem Kinderschutzbund geführt. Es wird von einem Architekturbüro an Planungen gearbeitet. Ein Antrag auf Landeszuwendung kann gestellt werden, sobald die gemeinsamen Planungen mit dem Träger abgeschlossen sind.

2. Mehrere Kindertagesstätten bieten inzwischen Einzelplätze für Kinder unter 3 Jahren (im Rahmen der bisherigen Betriebserlaubnis) an.
3. In den städt. Kindergärten „Schulstraße“ und „Süderneuland“ wurden zum 1.8.2008 Integrationsgruppen eingerichtet. Alle bestehenden Integrationsgruppen in der Stadt Norden bleiben auch im Kindergartenjahr 2009/10 bestehen.

Weiterhin wurden folgende Beschlusspunkte aus dem Perspektivpapier weiter verfolgt bzw. umgesetzt:

- Weitere Betriebsführungsverträge: Für die Kindertagesstätte der Volkshochschule Norden des Landkreises Aurich und dem Verein „Natur-Kinder-Werkstatt e.V.“ sind entsprechende Vereinbarungen in Kraft.
- Bedarfsgerechte Betreuung während der Ferienzeiten: In Gesprächen über Betriebsführungsverträge oder deren Fortschreibung mit freien Trägern wurden Kooperationslösungen vorgeschlagen und zum Teil abgestimmt. Die städt. Kindertagesstätten bieten inzwischen in allen Ferien Bereitschaftsdienste an.
- Längere Öffnungszeiten: Die Kindertagesstätten der AWO in Norden und Westermarsch, der ev. luth. Andreaskirchengemeinde und die städt. Kindertagesstätten werden die Öffnungszeiten (Früh- und Spätdienste) bedarfsgerecht verlängern. Hierdurch kann die Nachfrage nach deutlich teureren Ganztagsplätzen gesenkt werden. Die Finanzierung der Mehrkosten (ca. 21.000 € für 7 Einrichtungen) für die zusätzlichen Früh- und Spätdienste muss noch durch den Haushaltsplan 2010 erfolgen.
- Altersgemischte Gruppen: Die ev. luth. Andreaskirchengemeinde und das Sozialwerk Nazareth haben sich nicht für altersgemischte Gruppen entschieden. Die AWO sieht hier momentan keinen Schwerpunkt der Weiterentwicklung. Im Kindergarten „Wirde Landen“ werden zum Kindergartenjahr 2009/10 zwei bestehende Regelgruppen in altersgemischte Gruppen für Kinder ab zwei Jahren umgewandelt. Die Anzahl der Kinder in diesen beiden Gruppen sinkt von 25 auf 20 Kinder, von denen 5 Kinder ein Alter von unter 3 Jahren haben werden. Der Personalschlüssel verändert sich für die Gruppen nicht, so dass hierfür keine Mehrkosten entstehen.
- Schulkindbetreuung (Hortkinder): Mit der AWO werden Gespräche über die Umwandlung des Eltern-Kind-Treffs am Warfenweg zum Hort geführt. Konkrete Verhandlungsergebnisse liegen noch nicht vor. Der AWO Ortsverband hat die Einrichtung an den AWO Kreisverband abgegeben. Hierdurch hat die Stadt den gleichen Ansprechpartner wie im Kindertagesstättenbereich.
- Integrative Krippengruppen: Die Behindertenhilfe denkt weiter über die Einführung einer integrativen Krippengruppe nach. In Gesprächen hat die Behindertenhilfe ihre Pläne vorgestellt. Sie möchte ein neues Kindertagesstättengebäude für eine integrative Krippengruppe erstellen und hierin auch die bestehende Integrationsgruppe aus der Rheinstraße sowie zusätzliche Personalräume unterbringen. Ein von der Behindertenhilfe vorgeschlagene

nes Finanzierungsmodell sieht eine weitgehende Finanzierung durch die Stadt vor. Im Gespräch wurde der Behindertenhilfe erläutert, dass die städt. Beschlusslage bisher keine integrative Krippe vorsehe. Integrative Krippen sind überregional „Neuland“. Eine konkrete Vorschriftenlage ist noch nicht vorhanden. Die Verhandlungen mit der Behindertenhilfe sollte deshalb vorläufig zurückgestellt werden.

In Zusammenarbeit mit der Universität Oldenburg hat sich die Heimvolkshochschule Rastede beim Land um die Durchführung eines „Modellprojektes integrative Krippen“ zur Vorbereitung einer späteren Vorschriftenlage beworben. Sie hat die Stadt Norden gebeten, die Mitarbeit von städt. Kindertagesstätten als Kooperationspartner im Projekt zu ermöglichen, da die Stadt als einer der wenigen Träger über speziell weitergebildetes Krippenpersonal verfüge. Ferner sei eine sehr erfolgreiche inhaltliche Arbeit in den Integrationsgruppen der städt. Kindertagesstätten festzustellen. Die Stadt wird dieser Bitte folgen, da hierdurch eine kostengünstige Weiterbildungsmöglichkeit des städt. Fachpersonals besteht.

### **Beratung::**

Herr Rahmann erläutert die Sach- und Rechtslage.

Auf Rückfrage von Herrn Julius zur Krippengruppe Hooge Riege führt Herr Rahmann aus, dass die 4-stündige Betreuungszeit derzeit von 8 – 12 Uhr geplant ist. Die Öffnungszeit von 7 – 14 Uhr umfasst auch die Ergänzung durch Sonderöffnungszeiten. Insgesamt sind 15 Krippenplätze geplant. Speziell weitergebildetes Krippenpersonal ist in den städtischen Einrichtungen vorhanden, da aus jeder Kindertagesstätte in Trägerschaft der Stadt Norden jeweils eine Person ausgebildet wurde, wie der Umgang mit Kindern unter 3 Jahren erfolgen kann und sollte.

Herr vor der Brüggen bemängelt, dass die Vorlage erst spät gekommen ist und daher nicht mehr vor der Sitzung in der Fraktion besprochen werden konnte. Es sei schön beschrieben was die Stadt erhält, jedoch nicht was es kostet. Die Stadt gibt Geld aus. Bisher ist seine Anfrage vom letzten Jahr noch nicht beantwortet. Dies legt den Verdacht nahe, dass der Bereich der freien Träger nicht ganz koscher bearbeitet wird. Er gibt der Verwaltung Zeit bis zum 31.07.2009 die Anfrage zu beantworten.

Bezüglich der Dachsanierung des Kinderhauses Waldstraße führt Herr Rahmann aus, dass lediglich die Kosten für die Dachsanierung noch nicht bekannt sind. Es wäre sinnvoll diese mit den Umbaumaßnahmen durchzuführen, jedoch ist die Dachsanierung nicht zwingend erforderlich für die Genehmigung durch die Landesschulbehörde.

Frau Schmelzle bittet um Erläuterung, ob die Einzelkrippenplätze genutzt werden und wie die Personalbestückung für die altersgemischten Gruppen ab 2 Jahren geplant ist.

Herr Rahmann erläutert, dass das Personal nach den Mindestanforderungen ausgerichtet wird, d.h. 2 Personen (1 Erzieher/in, 1 Kinderpfleger/in / Sozialassistent/in) pro Gruppe. Dies gilt auch für Krippen- oder altersgemischte Gruppen. Diese Gruppen sind jedoch mit 20 statt 25 Kindern etwas kleiner. Bei den altersgemischten Gruppen werden maximal 5 Kinder ab 2 Jahren aufgenommen. Bezüglich des Bedarfs baut das städtische Konzept auf die Bedarfsplanung des Landkreises Aurich auf, d.h. 3 x 15 Plätze zusätzlich in Norden.

Auf Rückfrage erläutert Herr Rahmann, dass es im Gebäude Waldstraße derzeit keine Probleme mit Schimmelbefall gibt. Das seinerzeit bestehende Schimmelpilzproblem war im Erdgeschoss und ist nach Wissen der Verwaltung behoben.

Herr Ulferts fragt an, ob die Krippenplätze der Behindertenhilfe zurückgestellt wurden. Der Behindertenbeirat in Hannover fordert seit längerem entsprechende Plätze zu schaffen. Es gibt Gemeinden und Städte die dies schon umsetzen und nicht erst auf Änderung der Vorschriftenlage warten.

Herr Lüers weist darauf hin, dass es nicht der Position der Allianz entspricht, dass der Stadtverwaltung unkoschere Vorgehensweisen unterstellt werden. Ebenso werden keine Fristen gestellt. Bezüglich der frühkindlichen Pädagogik verweist er auf die sehr unterschiedliche Qualifizierung

innerhalb Niedersachsens bis hin zum Bachelor. Er hätte gerne eine Übersicht über die Qualifizierung des hiesigen Personals für den Ausschuss. Ob es bei den altersgemischten Gruppen ausreichend ist zwei Personen als Betreuung einzusetzen hält er für fraglich. Der Bedarf für die Betreuung schwerstbehinderter Kinder ist nur schwer zu ermitteln und evtl. mit hohen Kosten in der Umsetzung verbunden.

Herr Köther verweist darauf, dass fehlende Vorschriften nicht bedeuten, dass es keine behinderten Kinder gibt. Es gibt unterschiedliche Arten der Behinderungen. Grundsätzlich bedürfen Kleinkinder immer einer erhöhten Betreuung, diese kann durchaus in einer integrierten Gruppe erfolgen. Es gibt im Bereich der freien Träger langjährige Erfahrungen. Tatsache ist, dass es unterschiedliche Qualifikationen gibt, die nicht unbedingt vergleichbar sind. Im Vortrag von Herrn Rahmann kritisiert er den Begriff „wir“, da das „wir“ der Stadt doch alle Kindergärten und nicht die städtischen Kindergärten darstellen müsste. Nicht die Trägerschaft darf entscheidend sein, sondern das Angebot in der Stadt. Qualifizierungsangebote möchten bitte auch an die Freien Träger weiter gegeben werden. Wenn Angebote von Dritter Stelle gemacht werden, dann sollte dies allen Trägern unterbreitet werden, da auch die freien Träger wichtig sind.

Herr Rahmann erläutert, dass sich das Angebot der Heimvolkshochschule Rastede sich konkret auf die 4 städtischen Kindergärten bezieht, da dort das Personal vorhanden ist. Die Teilnahme z.B. für die Behindertenhilfe wurde angefragt, ist von der Heimvolkshochschule in diesem konkreten Falle nicht gewünscht. Der Begriff „wir“ bezieht sich auf die jeweilige Thematik und Beschlusslage. Im gegebenen Zusammenhang auf die Beschlusslage, daher auch die Unterscheidung erst auf konkrete Beschlüsse und dann auch auf das Perspektivpapier. Zur Waldstraße ist auszuführen, dass die 1. Krippe im Obergeschoss ist und die Maßnahmen sich auf die Einrichtung einer weiteren Krippe beziehen.

Frau Lütkehus distanziert sich von den Aussagen von Herrn vor der Brüggen und verweist diesbezüglich auf die Äußerungen von Herrn Lüers.

Frau Schmelze hält die Zurückstellung der Verhandlungen mit der Behindertenhilfe für nicht günstig, u.a. wegen der Frühförderung der Kinder.

Herr Rahmann erläutert, dass die Verhandlungen nicht grundsätzlich vertagt werden sollen. Die Reihenfolge, in der die einzelnen Punkte abgearbeitet werden sollen, ist beschlossen und wird von der Verwaltung nach Beschlusslage umgesetzt. Es erfolgen weiterhin Gespräche mit der Behindertenhilfe, jedoch keine Umsetzung in diesem oder dem nächsten Jahr, da auch die Reihenfolge der Förderanträge wie beschlossen umgesetzt werden soll.

Herr vor der Brüggen verweist nochmals auf die Anfrage vom letzten Jahr und möchte wissen, wie hoch der Förderbeitrag pro Kind bei den Freien Trägern ist. Da die Beantwortung bislang nicht erfolgt ist, hat er die Frist gesetzt. Sollte die Antwort nicht erfolgen ist er ggfs. bereit andere Schritte zu verfolgen, mit der Kommunalaufsicht hat er schon gesprochen.

Frau Feldmann kritisiert, dass der Eindruck erweckt wird, die Verwaltung arbeite nicht sauber.

Herr vor der Brüggen sieht keine andere Reaktionsmöglichkeit, da seine Anfrage bislang nicht beantwortet wurde.

Herr Köther führt aus, das Vertrauen gut sei, aber Vertrauen gegenüber der Obrigkeit nicht gut sei. Vielmehr bestünde die Pflicht zu Kontrolle.

Es wird klargestellt, dass die Krippeneinrichtung im Kinderhaus Waldstraße unabhängig von einer möglichen Dachsanierung ist.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadt Norden erweitert das Leistungsangebot der städt. Kindertagesstätte „Hooge Riege“ zum Beginn des Kindergartenjahres 2009/10 um den Betrieb einer Krippe.
2. In der städt. Kindertagesstätte „Wirde Landen“ werden zwei bestehende Regelgruppen in altersgemischte Gruppen für Kinder ab 2 Jahren umgewandelt.
3. Das Krippenprojekt „Kinderhaus Waldstraße“ ist kurzfristig nach Bewilligung der beantragten Landeszuwendung zu verwirklichen. Maßnahmenträger ist die Stadt Norden als Gebäudeeigentümerin.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	1
	Enthaltungen:	0

#### zu 11 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

#### zu 12 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

#### zu 13 Wünsche und Anregungen

Herr vor der Brüggen regt an, dass die Sitzungen des Ausschusses für Jugend, Bildung und Soziales reihum in den Schulen stattfinden.

Herr Lüers bittet eine Qualifizierungsübersicht der Mitarbeiter in den Kindergärten zu erstellen und der Politik zur Verfügung zu stellen.

#### zu 14 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 19.30 Uhr.

Die Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Die Protokollführerin

- Feldmann -

- Schlag -

- Goldhammer -